

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 36.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 8. September 1905.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Druck von Dörnte & Söber, Hannover.

15. Jahrg.

Polttarif und Staffelfteuer.

II.

Neben der in der vorigen Nummer der „Bräuer-Zeitung“ erörterten Belastung der gesamten deutschen Brauindustrie durch Erhöhung der Zölle auf die zur Bierbereitung notwendigen Rohprodukte droht der Brauindustrie der norddeutschen Brausteuergemeinschaft noch eine weitere Belastung durch die Erhöhung der jetzt 2 Mark pro Zentner Malz betragende Brausteuern beziehungsweise die Einführung einer für den Reichsfiskus ertragreichen Staffelfteuer. In der Einführung der Staffelfteuer selbst begegnen sich die Wünsche der kleinen und großen Brauereien mit denen der Reichsregierung, aber in der Beschaffenheit derselben gehen erklärlicherweise die Ansichten sehr weit auseinander.

Die Großbrauereien, die in dem Deutschen Brauerbund ihre Vertretung haben, wollen eine Staffelfteuer in der Weise, daß die kleinen für den Zentner Malz weniger Steuer entrichten als jetzt und die großen diesen Ausfall durch höhere Besteuerung wieder einbringen, und zwar wollen sie die Staffelfteuer im Verhältnis zu der durch die technischen Betriebsverhältnisse ermöglichten größeren Ausbeute des Malzes und unter Berücksichtigung der verhältnismäßig geringeren Generalunkosten, vorausgesetzt, daß mit Einführung der Staffelfteuer das Surrogatverbot verbunden ist.

Die kleineren Brauereien, vertreten durch den Bund der mittleren und kleineren Brauereien der norddeutschen Brausteuergemeinschaft, wünschen eine weit stärkere Heranziehung der Großbetriebe und zwar in folgender Form. Es sollen bezahlet in:

Klasse	Beim Malzverbrauch	pro Ztr. Steuer M.
I	(bis 1500 Ztr.)	für die ersten 1500 Ztr. 1,25 M.
II	(1500 bis 3000 Ztr.)	folgenden 1500 „ 1,50 „
III	(3000 bis 7500 Ztr.)	4500 „ 2,00 „
IV	(7500 bis 15000 Ztr.)	7500 „ 2,50 „
V	(über 15000 Ztr.)	für jeden folgenden Zentner 3,00 „

Durch diese Staffelfteuer würden sich die Steuern folgendermaßen verteilen:

Klasse	Zahl der Brauereien	Bringen jetzt auf M.	Nach der Staffelfteuer M.	Gegen jetzt mehr M.	weniger M.
I	4939	3 197 611	1 998 508	—	1 199 103
II	601	2 637 750	1 752 938	—	884 812
III	595	5 728 500	4 612 875	—	1 115 625
IV	234	5 265 000	5 265 000	—	—
V	213	13 985 000	18 181 875	4 196 875	—
Zus.: 6532		30 813 861	31 811 196		

Nach diesem Vorschlage würde fast 1 Million Mark mehr als gegenwärtig an Biersteuer herauskommen, welches der Bund der kleinen und mittleren Brauereien das Risiko für die Staffelfteuer nennt. Durch diese Staffelfteuer glauben die kleinen Brauereien den Aufsaugungsprozeß der kleinen durch die Großen aufzuhalten oder wenigstens zu erschweren, die kleinen Brauereien konkurrenzfähiger zu machen, einen Ausgleich zu schaffen gegen die übermächtige Konkurrenz der Großen. Sie weisen darauf hin, daß trotz einer erheblich gesteigerten Bierproduktion in der Brausteuergemeinschaft: im Jahre 1873 rund 19 1/2 Millionen Hektoliter, 1883 rund 22 Millionen, 1893 rund 33 Millionen und 1903 rund 42 1/2 Millionen Hektoliter, die Zahl der Brauereien in diesem Zeitraum sich bedeutend verringert hat, und zwar von 13 561 im Jahre 1873 auf 11 676 im Jahre 1883, auf 8818 im Jahre 1893 und auf 6582 im Jahre 1903. Die Großbetriebe sind infolge ihres großen Kapitals imstande, die Geschäftskonjunktur auszunutzen, zu günstigster Zeit das vorzüglichste Rohmaterial aus erster Hand zu kaufen. Infolge ihrer besseren technischen Einrichtungen erzielen sie aus diesem besten Rohmaterialien eine erheblich größere Ausbeute als die kleinen Betriebe aus dem minderwertigen Material. Bei sonst gleichen Verhältnissen sind, wie der Bund der mittleren und kleineren Brauereien darlegt, aus einem Zentner Landgerste 220 Liter Bier zu erzielen, aus einem Zentner schlesischer Gerste 227 Liter, und aus mährischer Gerste 245 Liter. Auch bei Verwendung des gleichen Produktes wirtschaftet der Großbetrieb besser als der Kleinbetrieb. In den Motiven zum württembergischen Brausteuergesetz (1893) heißt es, daß eine Brauerei mit über 40 000 Zentner Malzverbrauch eine um 12% höhere Ausbeute hat als eine Brauerei unter 2000 Zentnern Malzverbrauch. Die technische Verbesserung hat also auch zur Folge, daß der Betrag der Steuer beim Großbetrieb für den Zentner Malz ein geringerer ist und demgemäß der Geschäftsgewinn sich steigert. Dazu kommt noch die rationelle Betriebsweise. Die Pro-

duktion in den Großbetrieben erfordert verhältnismäßig nicht so viel Arbeitskräfte. Weiter ist der Großbetrieb mit seiner Kapitalmacht noch außerdem in der Lage, seinen Absatz durch Einrichtung, Kauf und hypothekarische Belastung von Wirtschaften zu erweitern, wogegen die kleinen Betriebe nicht antäpfeln können.

Diese hauptsächlichsten Punkte sind es, die von den kleinen zur Erlangung einer Steuerermäßigung und zur bedeutend stärkeren Heranziehung der großen Brauereien zur Steuer geltend gemacht werden, womit die von ihnen vorgeschlagene Steuerstaffelfteuer begründet wird.

Tatsächlich bezahlt ja der Großbetrieb, auf den Hektoliter Bier umgerechnet, weniger Steuer als der Kleinbetrieb infolge der höheren Ausbeute des Materials, da die Steuer bekanntlich auf dem Material liegt, nicht auf dem erzeugten Bier. Aber daß mit irgendwelchen Maßnahmen solcher Art, wie der Staffelfteuer der Steuer, möge sie in irgendwelcher Form und mit irgendwelchen Steigerungsfähigen Wirklichkeit werden, der Zweck, den die Kleinbrauereien damit verfolgen, den Aufsaugungsprozeß zu verhindern, nicht erzielt wird, ist für uns klar und zeigen dieses auch vorhandene Beispiele. Die Macht der kapitalistischen Entwicklung ist stärker als alle gesetzlichen Maßnahmen, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß die Konkurrenz der Großbetriebe bei Realisierung der Wünsche der Kleinbrauereien um so stärker einsetzt wird, unter Anwendung aller Mittel, die dem kapitalistischen und technisch vorzüglich eingerichteten Betrieb zur Verfügung stehen, und die durch den Polttarif geschaffenen Verhältnisse werden dazu ebenfalls noch aneifern.

Stimmen nun die Wünsche der Groß- und Kleinbrauereien darin überein, daß der Ertrag der Brausteuern auch bei einer Staffelfteuer derselbe bleiben bzw. nur um ein geringes höher werden soll, und gehen ihre Meinungen nur in bezug auf die Verteilung auseinander, so ist die Reichsregierung ganz anderer Meinung. Sie braucht infolge der Kolonial- und Flottenpolitik Geld, viel Geld, und wenn eine Verringerung in der Brausteuern in der Brausteuergemeinschaft erfolgen soll, dann will sie die Steuer auch so gestalten wissen, daß sie für den Reichsfiskus ordentlich „zu Buch schlägt“.

Schon seit jeher war eine stärkere Besteuerung des Bieres das erstrebenswerteste Ziel der Reichsregierung; ein Versuch, eine höhere Besteuerung des Bieres durchzuführen, folgte dem anderen, aber alle Versuche scheiterten an dem festen Willen des Reichstages. Im Jahre 1869 wollte die Regierung die norddeutsche Brausteuern von 2 M. pro Zentner um die Hälfte, 1875 um das Doppelte erhöhen. Das erstere lehnte der norddeutsche Reichstag ab, und 1875 zog der Reichstag die Vorlage gar nicht in Betracht. In den Jahren 1879, 1880 und 1881 versuchte die Regierung, die Vorlage dennoch zur Annahme zu bringen, aber ohne Erfolg. Mit welchen Mitteln zur Überzeugung des Reichstages Bismarck damals arbeitete, davon legt folgender Auszug aus seiner Rede zur Begründung der Brausteuerrückbildung Zeugnis ab:

„Das Bier macht im Gegenteil träge, anstatt die Nerven anzuregen. Es ist ein Zeitwaster. Es wird bei uns Deutschen mit wenig anderem soviel Zeit totgeschlagen, wie mit dem Biertrinken. Wer beim Frühstückchen sitzt oder beim Abendessen, und gar noch dazu raucht und Zeitungen liest, hält sich voll ausreichend beschäftigt und geht mit gutem Gewissen nach Hause, in dem Bewußtsein, das Seinige geleistet zu haben. Der arme Mann bedarf des Branntweins in mäßigem Grade, schon zur Ernährung (!), da seine Mittel ihm Wein und bayerisches Bier nicht gewähren.“

Die „Bierchlange“ schlief dann bis zum Jahre 1892. Sie wurde wieder zum Leben erweckt, als Caprivi die Militärvorlage einbrachte, die zunächst 58 Millionen Mark dauernde Ausgaben erforderte. Da hieß es: „An erster Stelle ist die stärkere Heranziehung des Bieres zur Besteuerung in Betracht gezogen.“

Die Regierung forderte wiederum eine Verdoppelung der Brausteuern, der Reichstag lehnte die Vorlage ab, die zum erstenmal eine Staffelfteuer der Steuer zugunsten der kleinen Brauereien vorsah; doch begann die unterste Staffel nicht mit 1,25 M. pro Ztr., wie jetzt die kleinen Brauereien beantragen, sondern mit 3,25 M., steigend bis 4 M. Seitdem ist ein Gesetzentwurf über die Verringerung der Brausteuern, die im Sinne der Reichsregierung auch eine Erhöhung beinhalten müßte, beim Reichstage nicht mehr einge-

gangen, aber schon 1895 erklärte Graf Posadowsky dem Reichstage wieder: „Die Bierchlange erhebt immer wieder drohend das Haupt!“ Und so ist es in der Tat. 1895 war schon ein staffelförmiger Steuerplan ausgearbeitet, der 30—32 Millionen Mark mehr als der alte dem Reichsfiskus bringen sollte.

So spulte jedes Jahr die Biersteuererhöhung im Hintergrunde, bis sie am 23. März d. J. wieder in greifbare Nähe gerückt wurde. Da führte Staatssekretär Freiherr v. Stengel aus, daß

„infolge technischer Verbesserungen der Ertrag der Brausteuern von 1 M. auf 72 Pf. pro Hektoliter Bier zurückgegangen sei. Für das Reich sei aber nicht das Rohprodukt, sondern das Bier selbst Objekt der Steuer. Jeder Pfennig Minderertrag pro Hektoliter bedeute einen Ausfall von 500 000 M. an Steuer für das Reich; wohin diese Erträge gingen, ob in die Tasche des Publikums oder des Bierbrauers, sei für ihn gleichgültig; er empfinde es auf das schmerzlichste, daß sie nicht in den Reichsfiskus fließen.“

Das war die Ankündigung einer neuen Steuer-vorlage, und sie wird wohl schon fertig daliegen. Wer nach all den jahrelangen Bemühungen der Reichsregierung für die Erhöhung der Brausteuern, und nach der ewigen und besonders auch jetzt vorhandenen Geldnot im Reichsfiskus, ferner in Rücksicht auf die Bemühungen einflussreicher Kreise, das Bestreben, der Geldnot durch Einnahmequellen aus der Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftsteuer abzuhelfen, erfolgreich zu verhindern — wer nach alledem noch glaubt, die Reichsregierung würde eine Staffelfteuer der Brausteuern vorschlagen, ohne einen gehörigen Nutzen dabei für den Reichsfiskus herauszuschlagen zu versuchen, dessen Optimismus ist bewundernswert. Und es ist durchaus glaubhaft, wie die „Tageszeitung für Brauerei“ erfahren haben will, daß nach dem neuerdings im Reichsfiskus ausgearbeiteten Gesetzentwurf der Maximallatz der Brausteuern 6,25 Mark pro Zentner betragen soll bei einem Malzverbrauch von über 10 000 Zentnern. Der niedrigste Staffellatz bei einem Malzverbrauch bis zu 500 Zentnern soll 3,50 Mark pro Zentner betragen, über 500—2000 Zentner 5 Mark, über 2000—6000 Zentner 5,50 Mark, über 6000—10 000 Zentner 6 Mark. Das entspricht ja auch ganz der Ansicht des von Bayern geholten Staatssekretärs, der vielleicht hauptsächlich zu dem Zweck geholt wurde, die norddeutsche Brausteuern der bayerischen ähnlich zu machen. Der Zweck der Staffelfteuer mit so hohen Beträgen zielt darauf hinaus, die Konkurrenz der großen Betriebe einzudämmen, gleichzeitig aber den Reichsfiskus durch eine höhere Belastung aller zu füllen. Würde dieser Entwurf oder etwas Ähnliches Gesetz, so würden die Brauereien dazu übergehen, die Belastung auf die Konsumenten abzuwälzen, und insofern würde dann der Ansicht des Herrn v. Stengel Rechnung getragen: „Der Träger der Biersteuer sei der Konsument, der Biertrinker.“ Der Konsum würde aber geringer werden, die Konkurrenz schärfer, die Erdrückung der kleinen Betriebe würde um so rascher von staten gehen.

Wie Polttarif und Staffelfteuer auf die Verhältnisse der Brauereiarbeiter einwirken und was letztere dazu zu sagen haben, soll im nächsten Artikel untersucht werden.

Die Arbeitsverhältnisse in der herzoglichen Schloßbrauerei Tegernsee.

In Hausenbühl, Gemeinde Maarkirchen, fand am 18. August eine sehr gut besuchte Protestversammlung statt, an der Arbeiter und Brauereiarbeiter aus Holzsching, Wiesbach, Eßing und Tegernsee teilnahmen. Auch die bäuerliche Bevölkerung war stark vertreten. Die Versammlung war einberufen zu dem Zweck, einmal das Treiben des Braumeisters Kirchner der herzoglichen Brauerei in Tegernsee den Brauereiarbeitern gegenüber gebührend zu kennzeichnen und energig dagegen Protest zu erheben. Die Administration sowie der Braumeister waren zwar eingeladen, hatten es aber vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben. An ihrer Stelle war der Schwager des Braumeisters, Lehrer Weiß aus München, erschienen. Auch einige dem Braumeister treu ergebene Schützlinge waren mit zum Streite ausgerückt. Schon bei Eröffnung der Versammlung durch Straßer-Gansham, der darauf hinwies, daß es notwendig sei, dem Braumeister Kirchner einmal öffentlich die Meinung zu sagen, machte sich Herr Weiß durch einen Zwischenruf bemerkbar. Der Referent, Kollege Holzsching aus München, legte zunächst die Entwicklung des Brauereiarbeiter-Verbandes im bayerischen Oberlande im allgemeinen dar, kam auf die mannigfachen Zusammenstöße sowie auf die verschiedenen Erfolge durch Tarifverträge und Arbeitszeitverkürzungen zu sprechen, erbrachte den Beweis, daß durch die Zunahme der Mitglieder in den einzelnen Brauereien auch die Behandlung anständiger geworden

Ist, sowie das verschiedene Brauereibesitzer und Braumeister...
Ist, sowie das verschiedene Brauereibesitzer und Braumeister...
Ist, sowie das verschiedene Brauereibesitzer und Braumeister...

anliegenkommen der herzoglichen Brauereiverwaltung wieder...
anliegenkommen der herzoglichen Brauereiverwaltung wieder...
anliegenkommen der herzoglichen Brauereiverwaltung wieder...

Brauereiarbeiterverhältnisse in Württemberg, Hessen-Darmstadt und Sachsen.

In dem württembergischen Fabrikinspektorenbericht...
In dem württembergischen Fabrikinspektorenbericht...
In dem württembergischen Fabrikinspektorenbericht...

	1897	1904
12 bis 15 Mt.	1 Proz.	— Proz.
15 " 18 "	6 "	5 "
18 " 21 "	12 "	4 "
21 " 24 "	16 "	14 "
24 " 27 "	52 "	45 "
27 " 30 "	3 "	22 "
30 Mt. und mehr	10 "	10 "

somit betrug der tägliche Verdienst der Arbeiter

	1897	1904
unter 3 Mt.	7 Proz.	5 Proz.
über 3 " "	93 "	95 "
4 " "	65 "	77 "

Die Entwicklung der Brauereiarbeiter-Organisation in...
Die Entwicklung der Brauereiarbeiter-Organisation in...
Die Entwicklung der Brauereiarbeiter-Organisation in...

Die Fabrikinspektoren berichten über die Tarifabschlüsse...
Die Fabrikinspektoren berichten über die Tarifabschlüsse...
Die Fabrikinspektoren berichten über die Tarifabschlüsse...

Einige bemerkenswerte Angaben finden sich in dem Be...
Einige bemerkenswerte Angaben finden sich in dem Be...
Einige bemerkenswerte Angaben finden sich in dem Be...

Der Inhaber einer Brauerei wurde tödlich verletzt, weil er...
Der Inhaber einer Brauerei wurde tödlich verletzt, weil er...
Der Inhaber einer Brauerei wurde tödlich verletzt, weil er...

aufgestellt hätte. Der mitwirkende Kaiser blieb unverletzt, weil...
aufgestellt hätte. Der mitwirkende Kaiser blieb unverletzt, weil...
aufgestellt hätte. Der mitwirkende Kaiser blieb unverletzt, weil...

Der Bericht der großherzoglich hessischen Gewerbe...
Der Bericht der großherzoglich hessischen Gewerbe...
Der Bericht der großherzoglich hessischen Gewerbe...

Der Darmsstädter Aufsichtsbeamte hat die Bestrafung des...
Der Darmsstädter Aufsichtsbeamte hat die Bestrafung des...
Der Darmsstädter Aufsichtsbeamte hat die Bestrafung des...

Somit enthält der Bericht nur einige Angaben über einige...
Somit enthält der Bericht nur einige Angaben über einige...
Somit enthält der Bericht nur einige Angaben über einige...

In dem Berichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten...
In dem Berichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten...
In dem Berichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten...

Ueber Unfälle finden sich einige Angaben. Im Bezirke...
Ueber Unfälle finden sich einige Angaben. Im Bezirke...
Ueber Unfälle finden sich einige Angaben. Im Bezirke...

*) § 105a, Absatz 1, Ziffer 3 und 4 der Gewerbeordnung...
*) § 105a, Absatz 1, Ziffer 3 und 4 der Gewerbeordnung...
*) § 105a, Absatz 1, Ziffer 3 und 4 der Gewerbeordnung...

gleichen Brauerei erhalten die Arbeiter in Krankheitsfällen für die gesetzliche Karenzzeit den vollen Tagelohn, für die übrigen Krankheitsstage bis zum Ablauf der 13. Woche einen täglichen Krankengeldzuschuß von 1,25 Mk., bei länger anhaltender Krankheit wird auch ein weiterer Zuschuß gewährt. Für diese Zwecke wurden in dieser großen Brauerei im Jahre 1903/04 6451,31 Mk. verausgabt. Die hinterlassenen Witwen, sowie Frauen erhalten laufende Unterhaltungen, die sich im verfloßenen Geschäftsjahre auf 15235,30 Mark beliefen; auch wurden denselben in Krankheitsfällen besondere Unterhaltungen gewährt.

Scharfmacherpraktiken.

Sehr oft verkündeten Brauherren Wohlwollen gegen die organisierten Arbeiter, wenn sich ihr Absatz hauptsächlich auf die arbeitende Bevölkerung erstreckt. Wie wenig derartige Versicherungen manchmal mit der Wirklichkeit im Einklang stehen, dafür liefern die Vorgänge in der Hemeleinger Aktienbrauerei ein treffliches Zeugnis.

Um den letzten Tarif, welcher mit der Sozialität der Brauereien, der die Brauerei auch angehörte, abgeklärt wurde, drückte sie sich durch Austritt aus der Sozialität her aus. Die Organisation war zu schwach, um ihm in der Brauerei Geltung zu verschaffen. Außer einem kleinen Häuflein Brauereiarbeiter hatten wir dort keine Mitglieder zu verzeichnen. Lange vegetierte dieses so dahin, mißsam zusammengehalten und durch unablässige Agitation langsam vermehrt durch seinen Vertrauensmann D. Die Brauerei beobachtete mißtrauisch diese Tätigkeit und D. war mancher Unannehmlichkeit ausgeführt, aber er ließ sich nicht beirren. Da wandte man im vorigen Herbst einen schänen Trick an, um ihn unauffällig loszuwerden. Obwohl er bereits an drei Jahren in der Brauerei beschäftigt war, nahm man ihm seinen Posten und steckte ihn in die Wälder, um ihn nach Beendigung derselben als überflüssig entlassen zu können. Seit Jahren ist das zwar nicht der Fall gewesen, aber wir kennen ja unsere Pappenscheimer. Haupt sächlich der unermüdlichen Tätigkeit D. ist es zu danken, daß endlich die meisten Arbeiter dem Verbanne beigetreten sind. Jetzt ließ auch die erwartete Kündigung nicht lange auf sich warten, fünf Mann, darunter selbstverständlich D., sollten durch Vermittlung des kaufmännischen Direktors Wolff zurücknahme der Kündigung. Man durfte einen Konflikt nicht wagen, da die Brauerei dem Brauereiverbande nicht angehörte. Zähneknirschend sagte sich der Braumeister, Direktor Brenne, in bezug auf D. Die nächste Folge war eine reinliche Scheidung der „Blauen“ und „Roten“. Waren früher die Brauer in einem besonderen Schilde untergebracht, so richtete man jetzt ein eigenes Zimmer für die getreuen Vorderburschen und diejenigen, welche man als solche zu betrachten beliebte, ein, gewährte ihnen manche Vorteile und steckte alle „Roten“ in einem Schilde zusammen, die Hausordnung aufs strengste durchführend. Man wollte Gelernte und Ungelernte in Gegensatz bringen. Der Plan mißglückte an der Besonnenheit der Kollegen und so war eine Lohnbewegung möglich, welche den Arbeitern manche Vorteile, wenn auch noch lange nicht befriedigend, brachte.

Belanntlich sucht manche Brauerei einen Tarif zu ihrem Vorteile zu handhaben und das geht um so leichter, je weniger die Organisation in der Lage ist, ihn zu überwinden und eventuell die Einhaltung zu erzwingen. Da lag es also nahe, daß man die Verfolgung und Drangsalierung der Leute, welche an der Spitze stehen, forsetzte. Ein Mitglied des Arbeiterausschusses ließ sich hinaussetzen. Herr Brenne versteht es nun allerdings sehr gut, jedes Wortkommis in einem Licht zu zeigen, das keine Unschuld blendend hervorhebt, so erklärt er auch hier, dieser Arbeiter habe ihn schände im Stich gelassen.

Mit größerem Raffinement wie D. dürfte selten ein Arbeiter behandelt worden sein. Da er auch noch im Verdacht stand, einen Artikel in die „Br.-Zeitung“ gebracht zu haben, so mußte er um jeden Preis aus dem Geschäft hinaus. Eine besondere Fähigkeit, mißliebigen Arbeitern zuzusehen, besitzt der noch jugendliche — vielleicht 21 Jahre alte — Brauführer, ein Sohn des Herrn Brenne. Was D. deshalb gelitten hat, ist kaum auszudrücken. Die schlechteste Arbeit, die gerade zu machen wurde, D. wurde hingestellt. Es sollte ihm nach und nach zuzubereiten werden. Er aber ließ sich nicht beirren, arbeitete fast übermäßig. So brachte man ihn nicht los. Da ließ man ihn durch den Arbeiterausschuß sagen, er solle sich nach anderer Arbeit umsehen, er müsse zum Herbst aufhören. Natürlich reagierte D. auch darauf nicht, war er doch einer der Ältesten im Geschäft und bei allenfalligem Arbeitsmangel lange nicht an der Reihe der Ausschließung, wenn man nicht einfach einen Gewaltakt vornehmen wollte. Aber immer neue Mittel fand man, um ihn die Brauerei zu verbleiben. Brachte man es doch fertig, ihn von einer Arbeit wegzunehmen, sie von einem Arbeiter verrichten zu lassen und er mußte — Hof fegen! Garke Opfer müssen der Organisation oft gebracht werden, und es kostete Mühe, D. im Interesse des Verbandes zum Ausgehen zu bewegen. Wohin die Reise ging, verriet nur zu deutlich der Ausdruck des jungen Brenne:

„Mit dem Unkraut wird schon bald aufgeräumt sein.“

„Unkraut“ wagt sich junger Herr, oder wie ihn die Leser in Gedanken sonst nennen werden, ehrliche organisierte Arbeiter zu nennen! Wahrlich, weiter kann man die Mißachtung der Arbeiter nicht mehr treiben!

Herr Brenne und Sohn können uns nach solchen Vorgängen denn auch nicht mehr über den wahren Grund der Entlassung des Vertrauensmannes der Arbeiter, Meyer, hinwegtäuschen; nur Herr Brenne ist von diesen Eigenschaften nichts bekannt. Er hat ihm wohl eine bessere Arbeit gegeben, höheren Lohn bezahlt, als ihm tarifmäßig zustand, aber beileibe nicht, weil er ein guter Arbeiter war, sondern, wie er bei der Unterhandlung andeutete, ein schlechter. Ist das nicht eine hübsche Definition? Meyer wurde als Grund der Entlassung von Herrn Brenne angegeben, weil er zu spät zur Arbeit gekommen sei. Der Kommission gegenüber konnte man diesen Grund schlechterdings nicht aufrecht erhalten und so mußte die Wahrung der Autorität der Vorderburschen herhalten. Nach näherer Untersuchung ging das den Arbeitern gegenüber auch nicht. Aber die Drohung mit der Aussperrung, die Erklärung, am nächsten Morgen, früh 8 Uhr, müßte er weichen haben, da müßte er der Brauereivereinigung Bericht erstatten — und die ängstlichen, wenig ausgeklärten Arbeiter waren in die Falle gegangen und die Resolution war fertig, daß die Entlassung des M. berechtigt sei. Man schloß sich Herr Brenne auf der Höhe; der Vorsitzende des Arbeiterausschusses mußte die Resolution dem Kollegen Wäckerling überbringen, zugleich mit der Erklärung, daß dem Kollegen D. zum 1. Oktober endgültig gekündigt sei, und daß die Bremer Brauereisozialität sofort einen Teil der Arbeiter aussperrte würde, sobald an irgend einem Orte gegen die Brauerei etwas unternommen würde.

Das wird kaum nötig sein. Das Recht, die Vorkommnisse in der Hemeleinger Brauerei der Öffentlichkeit bekannt zu geben, lassen wir uns nicht nehmen, mag dann die Öffentlichkeit urteilen. D. hat den 1. Oktober nicht abgewartet, er hat den Staub der Hemeleinger Brauerei, indem er sich durch geschickte Intrigen, worauf wir vielleicht noch zurückkommen, betören ließ, von den Füßen gelöst. Die erste Kundgebung

Brennes, deren Wahrheit wir nicht im mindesten anzweifeln, ist das Zeugnis, welches er D. ausstellte. Es lautet:

„Der Brauer . . . beschwörte hiermit, daß derselbe vom 1. März bis zum heutigen Tage in hiesiger Brauerei und zwar durch steten Fleiß und Gewissenhaftigkeit bei allen seinen Arbeiten hat derselbe sich meine vollste Zufriedenheit zu erringen gewohnt und findet seine Entlassung auf eigenen Wunsch statt.“ — Vergleiche, lieber Leser, damit die Behandlung, und du wirst es begreiflich finden, daß jedes Wort dazu nur die Macht des Einbrudes beeinträchtigen könnte.

Bewegungen im Berufe.

Apolda. Eine von 800 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung am 28. August beschäftigte sich mit der Streitfrage der Arbeiter gegen die Vereinsbrauerei. Zunächst wurde von Kollegen Stöcklein bekannt gegeben, daß das Gewerkschaftskartell den ihm in voriger Volksversammlung erteilten Auftrag nicht habe erledigen können, da die Brauereidirektion schon früher, als im Kartell der Beschluß gefaßt war, nochmals bei der Brauerei vorstellte zu werden, geschrieben habe, sie habe von befreundeter Stelle erfahren, daß man beschichtigte, nochmals Unterhandlungen anzubahnen. Man wolle den „vergeßlichen Weg“ ersparen, denn die Direktion stehe noch auf ihrem alten Standpunkt. Man habe sich auch hierauf den „vergeßlichen Weg“ geparkt und heute könne ja die Versammlung die Konsequenzen daraus ziehen. Redner geht dann auf die kämpfhaften Bemühungen der Direktion näher ein und zeigt in verschiedenen Punkten, daß der neue Anfang an die schon lange revisionsbedürftige Arbeitsordnung den Tarifvertrag nicht ersetzen kann, da sie den Arbeitern nicht die Garantie bietet, wie ein Vertrag. Ferner wurden die Verhältnisse des Kampfes vor 1893 in Vergleich zu den heutigen gezogen. Alle Sprengungsversuche sind an der Einigkeit der Arbeiter gescheitert. Redner geht dann weiter auf den jetzigen Stand der Dinge ein und meint, die Brauerei habe alle Möglichkeiten bereit, um zu einem friedlichen Abschluß zu kommen. Jetzt bleibe nur noch der Kampf übrig, dabei kämen ein Teil Personen mit in Betracht, nämlich Gastwirte und sonstige Bierabnehmer. Es sei Pflicht der Selbsterhaltung dieser Kreise, hier nicht ruhig zuzusehen und die Arbeiter für die Folgen verantwortlich zu machen. Man solle Lehre von den Arbeitern annehmen und geschlossen vor die Direktion treten. Da nun alle anderen Mittel erschöpft seien, so müsse eben die Arbeiterkraft den angebotenen Kampf aufnehmen. Im Namen des Brauereiarbeiter-Verbandes erklärte er, daß von der Arbeiterkraft keine andere Unterstützung gewünscht werde als eine moralische; wenn auch der Kampf irgendwelche Form noch annehmen werde, sie seien geschützt. Schröder meint, die Arbeiterkraft könne jetzt nicht anders, als den Kampf mit geschicklich zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. Die Vertreter der Arbeiterkraft im Kartell seien ja nicht mehr so feinfühlig, sie wären dergleichen Größe und Puffe vom Unternehmertum gewöhnt, aber man habe die allgemeine Arbeiterkraft beileigig und das dürste sich an den Urhebern rächen. Hier müsse strengste Solidarität gezeigt werden. Redner erklärt: Ihr sei von einer der Brauerei nahestehenden Person mitgeteilt worden, daß das Gericht beabsichtige, die Brauerei für die bis jetzt verweigerte Anerkennung der zuständigen Arbeiterorganisation von den Versammelten nicht gefunden werden können, weiter, daß die in den am 23. und 25. August d. Js. in der Brauerei angeschlagenen Änderungen der jetzt bestehenden Arbeitsordnung vom 28. April 1892 so minimaler Natur sind, daß sie als Ersatz für den eingetragenen Tarif nicht anerkannt werden können, gar nicht davon zu reden, daß einzelne neu angefügte Bestimmungen überhaupt unannehmbar sind, erklärt die heute in der Turnhalle tagende öffentliche Volksversammlung, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß eine Regelung zur beiderseitigen Zufriedenheit nur auf dem vorgeschlagenen Wege der Tarifverhandlung, wie sie von einem großen Teile von Brauereiarbeitern eingeführt und auch nach Ablauf derselben wieder erneuert wurden, geschehen kann. Da nun obengenannte Brauereileitung den berechtigten und wiederholten Ansuchen der Vertreter der Arbeiter immer abschlägigen Bescheid erteilt hat resp. sie in letzter Zeit nicht angenommen hat, so beschließt die heute von 800 Personen besuchte Versammlung, den Produzenten anderer Brauereien vor denen der Vereinsbrauerei Apolda u. S. den Vorzug so lange zu geben, bis bei der Brauerei eine Änderung ihrer Ansicht eingetreten ist. Ferner wünschen die Versammelten, daß ihnen diejenigen Lokale, welche andere Biere führen, durch die Tagespresse laufend bekanntgegeben werden und verpflichten sich dieselben, den kämpfenden Brauereiarbeitern so lange ihre moralische Unterstützung und ihre volle Sympathie zu bekunden, bis dieselben die Anerkennung ihrer Organisation und damit ihr volles Koalitionsrecht erreicht haben.

In Ermägung, daß die Brauereileitung der Vereinsbrauerei u. S. Apolda, sich der in der öffentlichen Volksversammlung vom 19. d. Mis. gewählten Kommission schon vorher schriftlich einer Aussprache entzogen hat, in fernerer Ermägung, daß Gründe für die bis jetzt verweigerte Anerkennung der zuständigen Arbeiterorganisation von den Versammelten nicht gefunden werden können, weiter, daß die in den am 23. und 25. August d. Js. in der Brauerei angeschlagenen Änderungen der jetzt bestehenden Arbeitsordnung vom 28. April 1892 so minimaler Natur sind, daß sie als Ersatz für den eingetragenen Tarif nicht anerkannt werden können, gar nicht davon zu reden, daß einzelne neu angefügte Bestimmungen überhaupt unannehmbar sind, erklärt die heute in der Turnhalle tagende öffentliche Volksversammlung, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß eine Regelung zur beiderseitigen Zufriedenheit nur auf dem vorgeschlagenen Wege der Tarifverhandlung, wie sie von einem großen Teile von Brauereiarbeitern eingeführt und auch nach Ablauf derselben wieder erneuert wurden, geschehen kann. Da nun obengenannte Brauereileitung den berechtigten und wiederholten Ansuchen der Vertreter der Arbeiter immer abschlägigen Bescheid erteilt hat resp. sie in letzter Zeit nicht angenommen hat, so beschließt die heute von 800 Personen besuchte Versammlung, den Produzenten anderer Brauereien vor denen der Vereinsbrauerei Apolda u. S. den Vorzug so lange zu geben, bis bei der Brauerei eine Änderung ihrer Ansicht eingetreten ist. Ferner wünschen die Versammelten, daß ihnen diejenigen Lokale, welche andere Biere führen, durch die Tagespresse laufend bekanntgegeben werden und verpflichten sich dieselben, den kämpfenden Brauereiarbeitern so lange ihre moralische Unterstützung und ihre volle Sympathie zu bekunden, bis dieselben die Anerkennung ihrer Organisation und damit ihr volles Koalitionsrecht erreicht haben.

Nachträglich wird gemeldet, daß die Angelegenheit beigelegt ist. Die Arbeitszeit an Wochentagen wurde um 1 Stunde verkürzt. Die Sonntagsarbeit wurde auf 2 Stunden herabgesetzt, und jeder 3. Sonntag ist frei. (Bisher mußte jeden Sonntag und Feiertag drei Stunden gearbeitet werden, die Aufseher fünf Stunden.) Der Lohn ist durchschnittlich um 3 Mk. pro Woche erhöht worden, nur einige sind dabei mit 2 Mk. Die bereits erfolgten Kündigungen wurden wieder zurückgenommen, und erklärte die Direktion in der Tagespresse, daß sie wegen Zugedrängtheit zur Organisation niemand entlasse. — Auch dieser Erfolg der Organisation werden die Kollegen zu schätzen wissen und werden treu zum Verband halten.

† Eilenburg. Mit der Entlassung des Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle, Kollegen Reipnig, beschäftigte sich eine am 18. August abgehaltene Brauereiarbeiter-Versammlung, welche die Entlassung als Maßregelung betrachtete und seine Wiedereinstellung verlangte. Die hierzu gewählte Kommission wurde am 20. August in der Brauerei Bandsperger vorstellig. Der Braumeister D. Kriessch lehnte die Wiedereinstellung ab und wies ab. Im Einverständnis mit dem Kartellvorstande wurde für den 24. August eine öffentliche Volksversammlung einberufen. Stöcklein und Reipnig schickten an der Hand von Beispielen die wiederholten Versuche der Bandspergerschen Brauerei, sich des ihr unabweisbaren Arbeiters zu entledigen. Bisher war es immer gelungen, die Entlassungen rückgängig zu machen. Diesmal schien Herr Kriessch sein rigoroses Vorgehen nicht einsehen zu wollen, wie das negative Resultat der Verhandlung beweist. Die gut besuchte Versammlung wollte aber kein Mittel, den Konflikt auf gütliche Weise beizulegen, unverzucht lassen und beauftragte als eine Kommission, vorstellig zu werden. Zu gleicher Zeit wurde das Gewerkschaftskartell mit der Einberufung einer weiteren Versammlung beauftragt, wenn die Verhandlung erfolglos ausgehen sollte. Müßte Herr Kriessch in der am 25. August geführten Verhandlung auch zugeben, daß die angeblichen Verfehlungen D.'s

recht minimale gewesen seien und als Grund gegen die Wiedereinstellung nicht mehr in Frage kämen, so hätte Herr Kriessch das erste Flugblatt angetan. Für dieses sollte nun Reipnig, obwohl er nicht der Verfasser war, zur Strafe ausgehängert werden. In der am 20. August abgehaltenen Versammlung, in welcher Kollege Reipnig den Bericht über die zweite Verhandlung gab, war wenig Neigung vorhanden, die Konsequenz aus dem provokatörischen und probigen Verhalten der Bandspergerschen Brauerei zu ziehen. Man begnügte sich damit, in einer Resolution zu erklären, daß, falls in Zukunft wiederum Entlassungen von organisierten Brauereiarbeitern aus fadenheimigen Gründen erfolgen sollten, die Koalitionsrecht betrachten und dementsprechend vorgehen werde. Vor Annahme der Resolution hatte dem Kollegen Reipnig das mehr als bedauerliche Verhalten seiner ehemaligen Mitarbeiter Wiedereinstellung überhaupt zu verweigern. War es in der ersten Versammlung ein unorganisierter Arbeiter, der in der Bandspergerschen Brauerei beschäftigt Nachtrichter, welcher sich zum würdigen Vertreter seines Arbeitgeber hergegeben hatte und dafür den Spott der Versammlung erntete, so waren es in der letzten öffentlichen Versammlung sämtliche organisierten Brauereiarbeiter der Brauerei Bandsperger, mit Ausnahme der Kollegen Köhlein und Peterhänsel, welche ein mit ihren Unterschriften versehenes Schriftstück der Versammlung unterbreiteten, wie man es am allerwenigsten von organisierten Arbeitern erwarten sollte. Nach den eigenen Angaben eines der Unterzeichner des Schriftstücks ist dieses ohne Zueinstimmung von irgendwelcher Seite von den Arbeitern selbst abgefaßt worden, so daß die Verantwortlichkeit der Handlungswiese um so schärfer in die Erscheinung tritt. Bezeichnend ist, daß es in der Versammlung sogar gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter gab, welche für eine solche Handlungswiese Entschuldigung fanden. Die Brauereiarbeiter Eilenburgs in ihrer Gesamtheit werden sich diese Auffassung jedenfalls nicht zu eigen machen.

Korrespondenzen.

Alzey. In der Versammlung am 27. August hatten wir 2 Ausnahmen. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Lokalfallfrage. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, die Abschaffung der Statuten; die rückständigen Beiträge werden, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, hinfällig; vom 1. September werden pro Monat 10 Pf. Lokalbeitrag erhoben. Bezüglich wurde, daß die Schützenhofen nur durch einen Kollegen vertreten waren. Die anderen machen lieber jeden Kirnehrummel mit, als dorthin zu gehen, wozu sie die Pflicht als organisierte Arbeiter rufen. Die Konsequenz hiervon ist die, daß die Indifferenten immer weiter von uns entfernt werden. Denjenigen, die unseren Reihen noch fernstehen, rufen wir zu: „Ginein in den Zentralverband der Brauereiarbeiter! Dort ist euer Platz!“

Breslau. In der Versammlung vom 22. August wurde die Abrechnung der Sammellisten für die Ausgesperrten in Rheinland-Besitzungen gegeben. Bei Punkt Arbeitsnachweise wurde die Antwort des Vereins der Brauereien verlesen, die ablehnend lautete. Unterzeichnet ist das Schreiben: Reichs-ammal und Syndikus Braumann. Die Herren machen es sich bequem mit der Ablehnung einer, für eine Stadt wie Breslau so berechtigten und notwendigen Einrichtung. Nach diesem erstattete die Kommission Bericht über die nachgesuchte Abschaffung der Uebelstände in der Brauerei Grünau, früher Wünsche u. So. Wir zweifeln nicht daran, daß der Herr Direktor Butler seinem gegebenen Versprechen baldigt nachkommen wird.

Fürstentum. Die Versammlung vom 20. August war sehr schlecht besucht. Zunächst ehrte dieselbe das Andenken des verstorbenen Kollegen Schür durch Erheben von den Sigen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Interesslosigkeit der Mitglieder bald überhand nehme, da von 84 Mitgliedern nur 22 die Versammlung besuchten. Haupt sächlich wurde auch kritisiert, daß die Mitglieder ihren Verpflichtungen betreffs des Zahlens der Beiträge sehr schlecht nachkommen, wodurch die Arbeit des Kassierers recht erschwert wird. Wäckerling gab der Vorsitzende Bericht über die Verhandlung mit der Schultheißen-Brauerei, wodurch ein ziemlich zufriedenstellendes Resultat erzielt wurde. Hieraus ist zu ersehen, daß es eines jeden Mitgliedes Pflicht ist, tüchtig zu agitieren, damit sämtliche unorganisierten Brauereiarbeiter sich dem Verbanne anschließen, denn nur durch Einigkeit können wir unseren gerechten Forderungen genügen Nachdruck verleihen.

Güstrow. Die hier vor kurzer Zeit gegründete Zahlstelle des Brauereiarbeiter-Verbandes hat es dem Herrn Brauereiarbeiter H. Lambert angetan. Der Herr ließ an einem Sonntag seine Arbeiter antreten und teilte ihnen folgendes mit: Er habe erfahren, daß welche seiner Leute in dem Verbanne seien, derselbe habe für eine kleine Brauerei keinen Zweck. Ihm sei es aber egal, was seine Leute täten; auch wollten sie wohl mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit haben. Als ein Arbeiter erwiderte, sie wollten nur die Arbeitszeit bezahlt haben, herrschte ihn Herr Lambert an, hier hätte keiner zu reden, wenn es nicht passe, brauche nicht wieder zu kommen. Ferner teilte er den Kollegen mit, daß die Arbeitszeit jetzt um 5 1/2 Uhr (früher 6 Uhr) morgens beginne und abends um 7 Uhr ende mit einer Mittagsstunde von 1 1/2 Stunden (früher 1 Stunde). Auch wolle er den Lohn um 1 Mark erhöhen, jedoch der Wochenlohn jetzt 16 Mark betrage, ebenfalls zahle er den halben Beitrag zur Krankenkasse. Der Herr hat sich wirklich angestrengt, wenn man bedenkt, daß die Leute nicht allein Werttags 11 Stunden, sondern auch Sonntags durchschnittlich 2-3 Stunden arbeiten müssen. Der sich ergebende Stundenlohn von 23 Pf. genügt bei der anstrengenden Arbeit eines Brauereiarbeiters durchaus nicht, von der Bezahlung der Dajour am Sonntag, welche 11 1/2 Stunden dauert, und wofür 50 Pf. bezahlt werden, ganz abgesehen. Herr Lambert muß sich bequemen, in nächster Zeit bessere Löhne zu zahlen und die Wünsche seiner Leute anzuhören, wenn er nicht wünscht, daß die Arbeiterkraft Güstrows ihm seine Kundschäft entzieht. Den aber bei Lambert beschäftigten Arbeitern rufen wir zu: Zeigt, daß ihr Männer seid, und schließt auch, wie eure übrigen Kollegen, dem Verbanne an.

München. In einer öffentlichen Versammlung am 27. August sprach Verbandsvorsitzender Bauer. Wenn man sich die gegenwärtige Lage der deutschen Arbeiter vor Augen halte, so bemerke Redner, müsse man sich wundern, daß der beträchtlichste Teil der Arbeiterkraft noch in Indifferentismus lebe, ein anderer Teil, wenn auch organisiert, sich nicht den Verbänden anschließen, die der wirkliche Ort der Arbeiter sind. Referent behandelte dann die Entstehung und Enttarnung der freien Gewerkschaften, die ein Produkt der Verhältnisse sind, entstanden und getragen von dem Pflichtbewußtsein der aufgekärten Arbeiter gegen sich selbst. Was diese Gesamtereinigung von 1 1/2 Millionen Arbeiter in der Zeit ihres Bestehens und Wirkens für die Arbeiterklasse geleistet hat, vertragen viele nicht, oder mögen es kaum lassen, wenn man ihnen die Zahlen nachweist. Gewaltige Summen ergeben die Lohnverhöhungen, gewaltige Ziffern die Arbeitszeitverkürzungen zugunsten der Arbeiter. Besonders die Verkürzung der Arbeitszeit in unserem Gewerbe, die so schrecklich lang war, wie in keinem anderen Gewerbe, ist ein Hauptfaktor, mit dem in erster Linie gerechnet werden muß, denn sie schafft dem Arbeiter Zeit zur Auffklärung und zur Bildung und macht ihn zu einem gefährlichen Gegner der Ausbeutung. Die Macht der Arbeiterorganisationen zu brechen

und ihre Bestrebungen aufzuhalten, pralligieren jetzt die koalitierten Unternehmer die Ausperrung. Den Arbeitern wird der Kampf aufgegeben, ohne Anhalt werden Tausende ausgesperrt oder es wird ein Vorwand dazu gesucht. Man erreicht aber das Gegenteil von dem, was man erhofft, denn selbst die größten Gegner unserer Bestrebungen werden befehrt. Auch unsere Organisation wurde in diesem Jahre von der Ausperrung betroffen, und es hat sich gezeigt, daß wir immer noch nicht stark genug sind, solche Gewaltakte zu parieren, wie sich zeigte. Der nötige starke Gegenschlag der Arbeiter-Organisationen wird diese krankhafte Erscheinung der Ausperrung zwecklos machen. Zu diesem Zweck ist aber die Stärkung der Organisation notwendig. Wie die Unternehmer gegen ihre nichtorganisierten Kollegen vorgehen, zeigen ja die Beispiele in Rheinland-Westfalen. Dort hat sich kein Staatsanwalt gefunden, der allemal zur Stelle ist, wenn Arbeiter ähnliches tun. Auch wir Arbeiter sollten etwas schärfer im Werden sein, denn gleiches Recht für alle. Die christlichen Organisationen haben bei der Ausperrung in Rheinland-Westfalen den schädlichsten Verrat an den Arbeiterinteressen geübt, und die Bischöfe-Diözesanen haben sich noch im letzten Augenblick beeilt, es ihnen gleichzutun. Auch die bürgerlichen Zeitungen, die leider noch so viel in den Kreisen der Arbeiter gelesen werden, spielen durch ihre Abgrenzungen die traurigste Rolle. Wir sollten aus den Vorgängen lernen, daß nur eine stramme Organisation der beste Schutz ist gegen alle offenen und schleichenden Feinde, und daß es Pflicht eines jeden ist, für die freien Gewerkschaften zu werden, aber auch für die Arbeiterpresse. Weicher Weisfall lohnte den Medner am Schlusse seiner Ausführungen. — Wie in der Koch-Bräuerei die Arbeiter jetzt behandelt werden, ist ein wahrer Skandal. Der Oberbursche Hans Heilmann hat alle „Tugenden“ an sich, die er nicht haben soll. Schon verschiedentlich hat er auf Beschwerden des Verbandes vom Besitzer Dr. Hellmuth einen Dämpfer aufgesetzt erhalten, aber wie es scheint, hat der Umgang mit diesem Menschen auch auf den Besitzer abgefärbt. Ein schickgebärdeter Braumeister tut recht sein möglichstes, den Untergebenen das Leben im Geschäft zur Hölle zu machen. Daher fällt auch der Konsum so rapid. Vor lauter Schimpfen und Bahren hat man keine Zeit, sein Augenmerk auf das zu richten, was eben die Hauptsache wäre. Um über die eigenen Fehler hinwegzutäuschen, sucht man deren viele bei den Arbeitern abzugucken. In der Flaschenfüllerei liegt man ein Loch berechnen, so ein ganz harmloses, um die Leute besser überwachen zu können. Wehe, wenn sich ein Arbeiter auch nur im geringsten etwas zu schulden kommen läßt, da kommt der Hans und schimpft, dann der Meister, und zum Schluß noch der Besitzer. Es kommt aber auch vor, daß einem Unrecht geschieht, da kann er sich nirgend anders beschweren als beim Verband, damit gegen solches Treiben protestiert werde. Auch scheinen gewisse Herren große Freude zu haben, wenn ein Arbeiter versündigt. Was scheren mich Weib und Kinder, die Hauptsache ist, daß der Arbeiter mir nicht mehr reinkommt, wird mit laßendem Munde gesagt. Ein Kollege, der 15 Jahre einen Lehrlingslohn von 100 Pfennigen bezog, wurde nach einem gar nicht so schweren Unfall nicht mehr aufgenommen, obwohl er diese Arbeit noch machen konnte. Wenn einer seine Jugend und seine gesunden Knochen geopfert hat, dann kann er schauen, wie er sich weiter behilft. Der eingesezte Arbeiterausschuß hat schon gar nichts mehr zu reden und werden dessen Mitglieder sehr schärft unter die Lippe genommen. Auch die Ungarnschaft des Maschinenmeisters Walter mit den ihm Unterstellten läßt sehr zu wünschen übrig. Auch verlangt er von jedem Einzelnen ein Lehrgeld, er selber soll aber keins bezahlen. Sollten sich diese Zustände nicht zum Besseren wenden, wären wir gezwungen, andere Schritte einzuleiten.

Odenburg. Das Verhalten einer Anzahl Kollegen gab Veranlassung zu der öffentlichen Brauereiarbeiterversammlung am 26. August. Trotz schriftlicher Einladung fanden nur wenige von Mut, zu der Versammlung zu erscheinen, von Hoyer's Brauerei gar keine. Gauleiter Egel ging mit diesen Kollegen schärft ins Gericht, welche sich sehr wohl gefallen lassen, daß der Verband Mähe, Erb und Verdruß nicht scheut, um die elende Lage der Arbeiter in etwas zu bessern. Nicht durch ihr eigenes Mitwirken konnte etwas errungen werden, denn mit wenigen Ausnahmen liegen sie schon bei der Bewegung den Gassenfuß erkennen, sondern die Fähigkeit der Verbandsleitung allein ermüdete es. Nur daran ist ihre Habseligkeit schuld, daß nicht mehr erreicht werden konnte. Statt sich nun wenigstens an der Organisation aufzurichten, sich zu festigen, daß Verbandsrat bald nachgeholt werden kann, gehen sie ihr, zur Freude der Unternehmer, welche nun ihren Weizen wieder hängen sehen, schände den Rücken. Ja, es treiben einzelne den Versuch soweit, daß sie erst die Karte zum Austritt aus dem Verband veranlassen, und dann durch ihn Erpressungen versuchen. Ging doch der Arbeiter H. bei Hoyer soweit, Herrn Hoyer zu erklären, daß jetzt alle aus dem Verband ausgesperrt seien, und ihm drohte, wenn er ihnen jetzt nicht zulege, dann würden sie alle wieder dazu gehen. Höher kann man es sicher nicht treiben! Bezeichnend wäre es übrigens, wenn es wahr wäre, daß Hoyer darauf eingegangen ist. Wir wollen es abwarten und dann so niedrig hängen, daß der kleinste Gassenjunge den schönen Zubehörschandel lesen kann. Kollege Egel zeigte in längeren Ausführungen, wie schädlich ein solches Verhalten der Kollegen gerade zur jetzigen Zeit ist, wo wir alle Kräfte zusammenfassen müssen, um den Gehirnen des Unternehmers, den Einfluß und die Macht der Arbeiterorganisationen zu brechen, wieder unumkehrbar „Herren im Haus“ zu sein, niemand mehr etwas bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitsprechen zu lassen, erfolgreich entgegenzutreten zu können. Er zeigte ferner, wie die gegenwärtige Bewegung, welche nur ein Vorbild der nach dem Inkrafttreten des Zolltarifs zu erwartenden ist, die Arbeiter geradezu in die Vereinigungen hineintreiben muß, welche soweit wie möglich diese schlimmen Folgen wieder paralisieren. Was werden für die Odenburger Brauereiarbeiter für Zeiten kommen, wenn es dieser Gesellschaft gelingt, den Einfluß des Verbandes zu brechen? An eine weitere Ausdehnung des gegenwärtigen Werkes ist nicht zu denken, das höchsten Errungene wird rasch verloren sein. Jeder Odenburger Brauereiarbeiter, der noch Ehrgefühl im Leibe hat, muß diesem Treiben entgegenstellen. Es muß eine reinliche Scheidung stattfinden. Wer den abschüssigen Weg aus Unüberlegtheit und Gedankenlosigkeit betreten hat, der soll auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, noch ist es Zeit zur Rückkehr. Für jene, welche aus Verblendung und Schlechtigkeit für dazu verurteilt haben, kann es nur das Gefühl tiefer Verachtung geben. Die Ausführungen Egel's wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Agitationskommission wurde beauftragt, in obigem Sinne sofort in Tätigkeit zu treten und die verblendeten Kollegen aufzusuchen. Bei Gasende ist ja ein Stamm geblieben und ist trotz der Wagenschleppen der Hirsch-Brunnen, deren Wert und Treiben als Vertreter der Unternehmer — parbon Arbeiterinteressen Egel richtig bezeichnete, eine weitere Festigung zu erwarten. Herr Hoyer rief seiner Zeit laut werden. Wir werden die geeigneten Organisationsregeln erziehen. Der gute Geist, welcher unter den treuen Verbandskollegen herrscht, dürfte die Gewähr bieten, daß alle Intrigen in Odenburg nicht mehr inschanden sind, den Einfluß der Habseligkeit auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu brechen, nur schwachen werden ihn solche Verzögerungen und verzögerten werden für die so notwendigen Verbesserungen. Unüberlegter und unermüdeten Aufklärungsarbeit, an welcher jeder Verbandskollege teilnehmen muß, wird es bedürfen, um solche Schädigungen abzuwenden.

Für unsere Sammelmappe!

In Wochum haben von den Ausgesperrten eingestellt: Viktoria-Brauerei ausgesperrt 4, eingestellt 2; Scharpensee ausgesperrt 2, eingestellt 1; S. H. L. ausgesperrt 4, eingestellt 1; Bergbrauerei ausgesperrt 10, eingestellt 1, welcher wieder aufgehört hat, es ist aber noch keiner wieder eingestellt worden.

In Elberfeld hat die Brauerei Widler in der Abteilung Wendahl noch einen einzigen Mann eingestellt, ferner die Brauerei Gersberg einen Mann. Bestere hat von 11 Ausgesperrten 6 eingestellt.

In Düsseldorf sind ausgesperrt resp. in den Streit getreten auf der Schwabenbrauerei 62 Mann, bis heute eingestellt sind 7 Mann; bei Oet. Dietrich in den Ausstand getreten 50 Mann, eingestellt sind 6 Mann; auf der Hofbrauerei in den Ausstand getreten 16 Mann, eingestellt sind 6 Mann; auf der Adlerbrauerei in den Ausstand getreten 16 Mann, eingestellt 2 Mann; auf der Unionbrauerei in den Ausstand getreten 15 Mann, eingestellt 2 Mann; auf der Adersbrauerei in den Ausstand getreten 9 Mann, eingestellt 2 Mann; auf der Brauerei Neuhäusen und Hermes in den Ausstand getreten 6 Mann, eingestellt 1 Mann; auf der Brauerei Sonnen in den Ausstand getreten 4 Mann, eingestellt einer; auf der Brauerei Schölter in den Ausstand getreten 6 Mann, eingestellt keiner; auf der Hirschbrauerei in den Ausstand getreten 4 Mann, eingestellt 1 Mann; auf der Herberhofbrauerei in den Ausstand getreten 3 Mann, eingestellt 1 Mann.

Die heutige Liste weist nur eine ganz minimale Besserung auf. Seit der letzten Bekanntgabe sind ganze vier Mann neu eingestellt worden. Die Brauerei Schölter hat seit Beendigung des Kampfes noch nicht einen einzigen von ihren sechs Streikenden eingestellt.

Rundschau.

Die Fünferkommission des Gewerkschaftsartikels Köln gibt in Rücksicht auf die verschiedenen Angriffe in Sachen des Boykotts in Köln folgende Erklärung ab:

Durch Berliner Anarchisten werden Flugblätter verbreitet, in welchen sowohl gegen das Kölner Gewerkschaftsartikell, wie auch gegen Genossen Regien der Vorwurf des Boykottbruchs erhoben wird. Die Flugblätter befaßen sich mit dem nunmehr beendeten Bierboykott. Auf diese Vorwürfe hin haben wir folgendes zu erwidern:

1. Es ist unklar, wenn überhaupt wird, daß die Taktik des Boykotts (Kokalboykott) nur für die Dauer des Gewerkschaftskongresses geändert worden wäre. Eine Änderung der Taktik war vielmehr auch vorher schon in Erwägung gezogen, und zwar deshalb, weil der Lokalboykott die Zahl der Versammlungsorte zu sehr beschränkte. Wichtig ist, daß infolge der Aufhebung des Lokalboykotts die Wirkungen des Kampfes abgeschwächt wurden. In einer Sitzung der Boykottkommission nach dem Gewerkschaftskongress wurde ein Antrag, die alte Form des Boykotts wieder einzuführen, abgelehnt.
2. Infolge einer Erklärung der Wohnungskommission (vorbereitende Kommission des Gewerkschaftskongresses), daß Privatwohnungen und Zimmer in boykottfreien Wirtschaften für die Kongressdelegierten nicht in genügender Anzahl beschafft werden konnten, begründete Genosse Regien den Antrag (Aufhebung des Lokalboykotts) damit, daß den Gewerkschaftsführern nicht zugemutet werden könne, Boykottbrecher zu werden. Weiter gab er auf Grund seiner langjährigen Erfahrung der Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Bierboykott eher zum Ziele führe als ein Lokalboykott. Er hat aber nicht erklärt: „Ich werde den Kongress vertagen“, sondern: „Ich werde als Vertreter der Generalkommission eventuell dem Kongress nach der Eröffnung empfehlen müssen, sich zu vertagen.“
3. Gegenüber den Behauptungen eines angeblich in der Kölner Arbeiterbewegung hervortretenden tätigen Genossen, welche auf zahlreiche gräßliche Boykottverletzungen schließen lassen, bemerkte wir, daß Fälle, bei denen Boykottbruch nachgewiesen wurde, bereits in öffentlichen Versammlungen, wie auch in den Sitzungen der Parteikommission bekannt gemacht und aufs schärfste gerügt wurden, und wir müssen es dem Briefschreiber überlassen, weitere Beweise für seine allgem. Behauptungen zu erbringen.
4. Die in einem Flugblatt angeführten Resolutionen der Buchdrucker und der Holzarbeiter verurteilen nur die Abhaltung des Kongresses im Saale des „Koloßseum“.
5. Gegenüber der Begründung wurde nur Münchener Bier verzapft. Genosse Jurich (Beamter der Brauer) leitete persönlich die Kontrolle und garantierte dafür, daß nur boykottfreies Bier verzapft wurde. Den Festteilnehmern war bekannt, daß nur im Festsaal boykottfreies Bier zu haben sei.

Hoffentlich wird diese Erklärung dazu dienen, den immer wiederkehrenden unwahren Behauptungen und Uebertreibungen Gehalt zu tun.

Kapitalkonzentration.

In den Sitzungen des Aufsichtsrates der Frankfurter Bürgerbrauerei, Aktiengesellschaft, in Frankfurt a. M. und der Hübnerbrauerei Schöffershof, Aktiengesellschaft, in Mainz, am 11. August, wurde beschlossen, den auf den 7. September einzuberufenden Generalversammlungen beider Gesellschaften die Vereinigung beider Brauereien vorzuschlagen. Für je 3000 Mark Aktien der Frankfurter Bürgerbrauerei sollen 2000 Mark Aktien der Hübnerbrauerei Schöffershof gewährt, die Firma der fusionierten Brauereien in Hübnerbrauerei Schöffershof und Frankfurter Bürgerbrauerei, Aktiengesellschaft, geändert und das Kapital um 2.250.000 Mark auf insgesamt 5.000.000 Mark erhöht werden. Hieran erhalten 1.600.000 Mark die Aktionäre der Frankfurter Bürgerbrauerei, während die restlichen 650.000 Mark von einem Konjunktum zum Kurse von 150 Prozent übernommen und zum gleichen Kurse den festherigen Aktionären, und zwar auf fünf alte Aktien eine neue, zum Bezuge angeboten werden. Der Gegenwert soll dazu dienen, dem durch die Vereinigung zu einem Abzuge von rund 350.000 Mark gelangenden Unternehmen eine entsprechende finanzielle Basis zu geben. — Von der Fusion versprechen sich die Verwaltungen gute Resultate, da beide Brauereien in den verschiedenen Absatzgebieten bisher konkurriert haben.

Verbandsnachrichten.

Vom 28. August bis zum 3. September gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Hagen i. Westf. (bezüglich Ausperrung zurück) 800.—, Bamberg 108,75, Düsseldorf 97,14, Heilbronn 250.—, Nordha 5,55, Dresden 2395,37, Aurtich 75.—, Clausthal 13,60, Hamm —, Neubrandenburg 20.—, Rottbus 138,15, Bayreuth 12.—, Plauen 9,70, Hamburg 12.—, Schöndal 13,60, Goeßfeld 1,60, Wanne i. B. 36,41, Ragg-Barad 18,40, Rostock 52,88, Hildingen 16,95, Hannover 6.—, Göttingen 20.—, Sonneberg 108,10, Rudenwalde 13,20, Bielefeld 5,20, Dortmund 59,17, Frankenthal 78,20, Eisenach 75,94, Hannover 7,20, Dortmund 72,90, Neufahrn 3,20.

Für Inserate ging ein: München 3.—, Nürnberg 2,50, Chemnitz 2.—, Mainz 2.—, Jever 2.—, Rastatt 1,60, Gera 3,10, Apolda 2.—.

Für Abonnements ging ein: Sektion Solothurn 12,20.

Für die Kollegen in Rheinland-Westfalen ging ein: Röhde 59,25, Karlsstraße (9. Rate) 50.—, Hamm 9,85, Aurtich 14,50, Karlsstraße (10. Rate) 80.—, Eisenach 9,24 (darunter Regellub „Gut Holz“ 1,54).

Material ist abgehandelt: Rottbus 800 Markten à 40 Pf, Sonneberg 400 Markten à 40 Pf, Magdeburg 30 Mitgliedsbücher.

Abrechnung für das 2. Quartal haben eingekandt: Rottbus, Stuttgart, Landsküt, Wörlingen, Rostock, Sonneberg, Würzburg, Rudenwalde, Düsseldorf I, Düsseldorf II, Essen, Dortmund, Frankenthal, Eisenach und Witten.

* Zur Beachtung! Der Kollege Max Eisele, zuletzt bei Schul in Darmstadt, sowie alle die Kollegen, welche im Jahre 1905 bei Herrn Hef, Brauerei in Darmstadt, zugesprochen haben, werden dringend gebeten, unverzüglich ihre Adressen dem Kol. Rindl, Darmstadt, Feldbergstr. 32 1/2, mitzuteilen.

* Gau 4, Bayern. Die Zahlstellen, welche zum Gau 4 gehören, werden erucht, wegen Jahresbericht die Zahl ihrer Mitglieder längstens bis 15. September dem Unterzeichneten bekannt zu geben.

D. Schrems, Regensburg, Koppelerstr. 85, D 3.

* Düsseldorf. Vorsitzender ist Kol. Robert, „Gewerkschaftshaus“, Bergstr. 8.

* Duisburg. Vorsitzender ist J. Marcour, Kronenbrauerei Utop.

* Uegnitz. Vorsitzender ist E. Weiß, Ring 26.

* Neustadt a. d.ardt. Die Lohnbewegung ist beendet und ein Tarif mit bedeutenden Verbesserungen abgeschlossen, gültig vom 1. September.

* Nürnberg. Prof. Wisjick wohnt vom 1. Oktober ab Beklagelagergasse 24.

Gestorben.

Berlin II. Ernst Scheurich, Hofarbeiter, Stuttgart. Gottlieb Dengler, 28 Jahre alt. Gera. Christian Hanusa, Hülsenarbeiter, 47 Jahre alt. Ihre ihrem Andenken!

Sterbegebild wurde ausbezahlt, resp. zur Auszahlung angewiesen an die Hinterbliebenen der Mitglieder Gabriel Nagy, Brühl, über 52 Wochen Mitglied, 45 Mt.; Ernst Scheurich, Berlin II, über 52 Wochen Mitglied, 45 Mt.; Chr. Hanusa, Gera, über 364 Wochen Mitglied, 90 Mt.

Briefkasten.

Alzh. Das ist Sache der Polizei. Mußt dich dort erkundigen, wie die Verordnung lautet.

Versammlungsanzeigen.

Neum. Dienstag, 12. Sept., 7 Uhr, bei Vargen.

Walt-Wilhelmshafen. Donnerstag, 21. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Göring, „Germaniahalle“. Erscheinen aller erforderlich; Nichtorganisierte mitbringen!

Berlin I. Sonntag, 10. September, vormittags 10 Uhr, Vorstands- und Vertrauensmännerkung bei Kubat, Blumenstraße 38.

Duisburg. Sonntag, 10. Sept., 3 Uhr, bei Marks, Feldstraße 9. Alle erscheinen!

Leipzig. Sonntag, 10. Sept., 3 1/2 Uhr, im Restaur. Beyer, Serburgstr. 84.

Mainz. Montag, 11. Sept., 8 Uhr, im „Goldenen Flug“. Tagesordnung wichtig!

Oggersheim. Sonntag, 10. Sept., 1/3 Uhr, bei Kollegen Herler.

Pforzheim. Sonnabend, 16. Sept., 3 Uhr, bei Kol. Nezer. Alle zur Stelle!

Reutlingen. Sonntag, 10. Sept., 2 Uhr, bei Böhler, hinter der Fruchtalle. Völlig zahlreich erscheinen; Buch und Mitgliedsliste mitbringen!

Schwerin. Sonnabend, 9. Sept., 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“. Erscheinen aller ist Pflicht.

Schwefurt. Sonntag, 10. Sept., 1 Uhr, bei Chr. Hoffmann.

Weimar. Sonnabend, 9. Sept., 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“.

Witten. Sonntag, 10. Sept., 3 Uhr, bei Teich. Aller Erscheinen ist Pflicht.

Wittenberge. Mittwoch, 13. Sept., 8 Uhr, in der „Zentralhalle“.

Nachruf.

Am 29. August starb nach kurzer Krankheit infolge Blutvergiftung unser treuer Verbandskollege

Gottlieb Dengler

im Alter von nur 23 Jahren. Ein ehrendes Andenken unserer Seite ist ihm gewiß.

Die organisierten Kollegen der Brauerei Wilmäfer, Mähringen-Stuttgart.

Dortmund.

Gastwirtschaft

Joh. Heinemann,
Weihenburgerstr. 42
(Haltestelle der Ringbahn).

Hält sich den reisenden Kollegen bei sauberem Logis und gutem Essen zu billigen Preisen bestens empfohlen. (Fernsprecher 21).
Dasselbst Arbeitsnachweis.

Vertreter gesucht

Leistungsfähig? Malzfabrik sucht bei Brauereien gut eingeleitete Vertreter bei hoher Provision. Gest. Offerten unter „Malzvertretung 5116“ befürdert Rudolf Woffe, Wien I, Seilerstätte 2.

Nachstehendes unparteiisches Schiedsgericht erkennt den Kollegen **Mich. Hacker** als schuldig und wird derselbe deshalb an dieser Stelle **scharf gerügt**. Der Kollege Mich. Hacker nimmt die der **Ordnungsverwaltung Schwabach** gemachten Unterschiebungen, sowie die Beleidigungen gegen den Vorsitzenden der **Zahlstelle Schwabach, Kollegen Engelhardt**, mit Bedauern zurüd.

M. Hacker.
Händler, Meyerhöfer, Blüml, Monacher, Kunstmann.

Anzüge und Paletots nach Maß, 25 bis 35 Mt., unter Garantie des tadellosen Sitzes, von prima Partiestoffen; prima Leder-Hose, 2 1/2 Pf. schwer, 4,50 Mt.; prima Leder-Jackett, 1- und Zweifig, 8 Mt.; Hamburger Dreibrat-Lederhose, 1a, 6 Mt.; Hamburger Dreibrat-Leder-Jackett, 1a, 1- und Zweifig, 11 Mt., in jeder gewünschten Farbe und Muster, sowie Manschetten in braun und schwarz sende portofrei, streng reell. Nicht gefallendes nehme ich retour. Muster und Preisliste franko.

Unsern treuen und allerseits geachteten Kollegen **Käferlein** zum

25jährigen Arbeits-Jubiläum

am 11. September unsere herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche.

Die Kollegen der **Zeltner-Brauerei, Nürnberg.**

Unsern Kollegen **Johann Fischer** und seiner lieben Frau **Emma**, geb. Schmid, nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur stattgefundenen Hochzeit.

Die Kollegen des **Bürgerbräu, Ludwigshafen a. Rh.**

Emil Hohfeld,
Steinbräufabrik und Versandhaus,
Dresden N., Ritterstr. 2.

Durch größeren Abschluß bin ich wieder in der Lage, die bekannten starken, handgeschrittenen schafwollenen Socken in weiß und grau, à Paar mit 1 Mt. zu verkaufen, ferner empfehle sämtliche Bedarfsartikel i. Arbeitsachen, Wäsche, Krüge und Koffer.

Preisliste gratis.

Joh. Dohm
Kiel, Winterbräuerstraße 12.